

## PROTOKOLL

### über die 5. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Niddatal am 26.09.2011

---

Beginn: 20:00 Uhr / Ende: 23 :05 Uhr

#### Als stimmberechtigt waren anwesend: (Tagesordnung: siehe Blatt 2) (26 Mitglieder)

Ursula Einhoff  
Gerhard Einhoff  
Michael Hahn  
Elisabeth Hengster  
Oliver Herbert  
Silke Merz  
Hans-Joachim Mücke  
Florian Porth  
Reinhard Schwarz  
Hans-Peter Wittmann  
Wernfried Fürtig  
Erland Kalbhenn  
Stefan Koschorr  
Rolf Lamade  
Christian Osmalz  
Andreas Momberger  
Achim Saßmannshausen  
Dr. Dirk Schneider  
Elke Steppan  
Christoph Preiser  
Markus Nikleniewicz  
Dennis Brechtel - bis TOP 5  
Dieter Eisenberg  
Roland Gosebruch  
Barbara Feige  
Matthias Feige

**es fehlten:** Torsten Hahn - entschuldigt  
Stephanie Rotter - entschuldigt  
Heinz Kimmel - entschuldigt  
Lutz Sierach - entschuldigt  
Oliver Seuss - entschuldigt

#### vom Magistrat waren anwesend:

Dr. Bernhard Hertel  
Erhard Reiter  
Arno Menk

**es fehlten:** Gudrun Karmer - entschuldigt  
Kurt Meisinger - entschuldigt  
Herbert Porth - entschuldigt  
Renate Fritz-Mann - entschuldigt

Schriftführerin: Hannelore Gunkel

**TAGESORDNUNG:**

- (1) Mitteilungen des Magistrates
- (2) Grundstücksankauf von Herrn Erdmann, Gemarkung Bönstadt -  
Beratung und Beschlussfassung (Vorlage-Nr. 61/2011)
- (3) Erste Änderung des Bebauungsplanes K 5 „Erbstädter Höhe“,  
Niddatal, Stadtteil Kaichen:  
a) Beratung der während der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB  
und der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 BauGB  
eingegangenen Stellungnahme und Beschlussfassung hierzu  
b) Satzungsbeschluss gemäß § 10 (1) BauGB - (Vorlage-Nr. 62/2011)
- (4) Errichtung einer Biogasanlage in Niddatal-Kaichen -  
Abschluss eines Erschließungsvertrages - (Vorlage-Nr. 63/2011)
- (5) Satzungsrecht der Stadt Niddatal:  
a) Neufassung der Feuerwehrsatzung  
b) Beschluss einer Verwaltungsgebührensatzung  
c) Beschluss einer Sondernutzungssatzung  
d) Beschluss einer Pferdesteuersatzung  
e) Neufassung der Entwässerungssatzung  
f) 3. Änderungssatzung zur Wasserversorgungssatzung  
g) 2. Änderungssatzung zur Straßenbeitragssatzung  
(Vorlagen-Nr. 58/2011 aus der Stvv vom 25.08.2011 )
- (6) Errichtung einer Rampe in Verlängerung des Schulsteiges in Assenheim -  
Vorlage einer baureifen Planung und einer Kostenschätzung  
(Vorlage-Nr. 66/2011)
- (7) Anschaffung eines Geschwindigkeitsmessgerätes zum mobilen und  
stationären Einsatz - Beratung und Beschlussfassung (Vorlage-Nr.67/2011)
- (8) Sanierung der Dachfläche des Feuerwehrgerätehauses in Ilbenstadt  
Beratung und Beschluss  
a) der Auftragsvergabe  
b) von außerplanmäßigen Ausgaben nach § 114 g HGO, Absatz 1  
(Vorlage-Nr. 68/2011)
- (9) Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen  
Betreuung der Kinder in Assenheim (Vorlage-Nr. 64/2011)
- (10) Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen  
Kreisstraße 239 Assenheim - Bruchenbrücken (Vorlage-Nr.65/2011)

## **Eröffnung und Begrüßung**

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 5. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Niddatal; er stellt die fristgerechte Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zum Protokoll der 4. Sitzung am 25.08.2011 werden keine Einwände erhoben und somit gilt es als beschlossen.

Bürgermeister Dr. Hertel teilt zuvor mit, dass er einen Anruf von Rechtsanwalt Marcus Knorr erhalten habe und ihm mitgeteilt wurde, dass man den vorliegenden Erschließungsvertrag zu TOP (4) zurückziehen würde. Man möge bitte veranlassen, diesen Punkt von der heutigen Tagesordnung zu nehmen. Da wir somit nun keine Geschäftsgrundlage mehr für eine weiterführende Diskussion haben, stelle ich den Antrag, den TOP (4) von der Tagesordnung zu streichen.

Roland Gosebruch entgegnet hierzu, dass wir sehr wohl noch eine Geschäftsgrundlage haben, um hierüber heute diskutieren zu können. Es gebe immer noch die Beschlußempfehlung von H+F und Bauausschuß, wie sie in der gemeinsamen Sitzung beschlossen wurde. Das Grundthema "Kostenfrage und Kostenaufsplittung" bleibt uns erhalten und löst sich somit nicht in Luft auf. Er sehe keine Veranlassung, diesen TOP von der Agenda zu nehmen.

Michael Hahn trägt als Einwand vor, dass ihm berichtet wurde, auf der letzten Sitzung des H+F sei Konsens erzielt worden in Richtung 50 %. Ihm stelle sich daher die Frage, ob man hier eine Verhandlungstaktik anwenden wolle.

Dieter Eisenberg plädiert ebenfalls dafür, über dieses Thema weiter zu diskutieren.

Bürgermeister Dr. Hertel zieht nach Abwägung der inzwischen vorgetragenen Argumente seinen Antrag auf Rücknahme von TOP (4) zurück.

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann ruft den TOP (1) auf.

### **(1) Mitteilungen des Magistrates**

Bürgermeister Dr. Hertel teilt mit, dass er für heute Abend keine Mitteilungen habe.

Dieter Eisenberg gibt bekannt - in seiner Eigenschaft als Ausschussvorsitzender - dass die nächste turnusmäßige Sitzung am 27. stattfindet und voraussichtlich noch am 28., da erhebliche Arbeitsrückstände vorliegen.

Bürgermeister Dr. Hertel weist darauf hin, dass am 28. bereits ein schon länger vereinbarter Termin mit der Betreuungsschule ansteht. In seiner Eigenschaft als Vertreter der Stadt Niddatal werde er den anderen Termin am 28. nicht wahrnehmen können.

**(2) Grundstücksankauf von Herrn Erdmann, Gemarkung Bönstadt -  
Beratung und Beschlussfassung**

Florian Porth und Markus Nikleniewicz reklamierten, dass zu dieser Vorlage ein entsprechender Lageplan fehle.

Bürgermeister Dr. Hertel weist darauf hin, dass der fehlende Lageplan nicht bewusst vorenthalten wurde, sondern dies ein Versehen war.

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann ruft zur Abstimmung des Beschlussvorschlages gemäß Vorlage auf:

**Ergebnis: 25 Ja-Stimmen      1 Enthaltung = so beschlossen**

**(3) Erste Änderung des Bebauungsplanes K 5 "Erbstädter Höhe",  
Niddatal, Stadtteil Kaichen**

- a) Beratung der während der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahme und Beschlussfassung hierzu
- b) Satzungsbeschluss gemäß § 10 (1) BauGB

Florian Porth berichtet, dass in der 4. Sitzung des Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt und Bauwesen dieser Punkt bereits diskutiert und nach Abstimmung einstimmig angenommen wurde.

Michael Hahn möchte wissen, welche Firma beauftragt wurde und wie hoch die bereits angefallenen Kosten sind.

Bürgermeister Dr. Hertel erläutert, dass die Umlegung von der Umlegungsstelle der Stadt Niddatal durchgeführt wurde und eine Vermessungsbüro aus Friedberg beauftragt wurde, wofür auch Kosten angefallen sind.

Auf weitere Fragen von Markus Nikleniewicz teilt Bürgermeister Dr. Hertel mit, dass es konkrete Planungen gibt und mit dem Feuerwehrgerätehaus auch ein Löschtank auf dem Gelände der Feuerwehr (als unterirdischer Tank) vorgesehen sei. Man rechne mit Kosten von ca. 15. - 20.000 Euro für den Tank und in der gleichen Größenordnung für die notwendigen Erdarbeiten. Eine Photovoltaik-Anlage für das Gerätehaus sei ebenfalls geplant.

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann lässt abstimmen:

**zu (3) a) - siehe Vorlage -**

**Ergebnis: 26 Ja-Stimmen = einstimmig so beschlossen**

**zu (3) b) - siehe Vorlage -**

**Ergebnis: 26 Ja-Stimmen = einstimmig so beschlossen**

**(4) Errichtung einer Biogasanlage in Niddatal-Kaichen -  
Abschluß eines Erschließungsvertrages**

Silke Merz und Michael Hahn verlassen gemäß § 25 HGO (Widerstreit der Interessen) den Saal.

Gerhard Einhoff berichtet, dass dieser Punkt in der gemeinsamen Sitzung des H+F und Bauausschuß letzte Woche behandelt und ausführlich diskutiert wurde. Der Antrag von Hans-Joachim Mücke über die Kostenaufteilung wurde als Zusatzantrag zur Abstimmung gestellt und mit 14 Ja- und 4 Nein-Stimmen befürwortet. Der Vorschlag von Dr. Dirk Schneider, den § 9 des Erschließungsvertrages dahingehend zu konkretisieren, dass geregelt wird, wer die Kosten für den Ankauf der benötigten Grundstücke trägt, wurde ohne Abstimmung angenommen. Marcus Knorr (RA der UDI), der bei dieser Sitzung anwesend war, erklärte in seiner Schlussbemerkung, dass die gewünschten Regelungen mit der Vorhabenträgerin besprochen werden müssten und ein geänderter Erschließungsvertrag bis zum 23.09.2011 (war am letzten Freitag) vorgelegt wird.

Bürgermeister Dr. Hertel erläutert noch einmal den aktuellen Sachstand = siehe Einleitung Seite 3. Marcus Knorr hat zwar keine genauen Gründe angegeben, warum der Erschließungsvertrag zurückgezogen wurde, ließ aber durchblicken, dass seitens der UDI "interne Abstimmungen und eine Überarbeitung des Vertrages" notwendig seien.

Nach Kenntnis des Bürgermeisters war selbst der Grundstückseigentümer über den überraschenden Rückzug der UDI nicht informiert worden.

Bürgermeister Dr. Hertel äußert sich mit Befremdung über kursierende Gerüchte, die Stadt wolle dieses Projekt "verhindern". Er betrachtet diese Mutmaßung als haltlos und wendet sich dabei in Richtung CDU Fraktion. Die Tatsache, dass städtische Mitarbeiter etwa schon 100 Arbeitsstunden im Zusammenhang mit diesem Projekt aufgewendet haben, spreche doch dafür, dass man an der Realisierung konstruktiv engagiert ist und bleibt. Mal ganz abgesehen von den Kosten, die man für diese Leistungen in Rechnung stellen könnte.

Was die alternative Energieerzeugung allgemein angeht, so bestreitet er nicht, dass Niddatal noch Defizite hat. Deshalb ist und bleibt man auch bemüht, hierfür unterstützend und fördernd mitzuwirken.

Die Frage von Gerhard Einhoff, ob der Inbetriebnahmetermin 31.12.2012 noch realistisch sei, kann Dr. Hertel nicht definitiv bestätigen. Soweit ihm bekannt sei, spreche man derzeit noch von der Einhaltung dieses Termines. Aber wie sich die Abfolge der noch anstehenden Termine (z.B. Genehmigungsverfahren,

diverse Sitzungen usw.) gestalten wird, könne er im Moment nicht abschätzen; ihm erscheint der vorgegebene Zeitrahmen auch etwas zu eng.

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann gibt unter dem Aspekt „Zeitknappheit“ zu bedenken, dass im Hinblick auf noch weiter anstehende Termine nur noch sehr begrenzte Zeit für kurzfristig anzuberaumende Sondersitzungen, wenn sie denn notwendig werden.

Achim Saßmannshausen reklamiert in seiner ausführlichen Stellungnahme u.a. die fehlende Bürgerbeteiligung zu wichtigen Themen, wie z.B. Lärm-, Geruchsbelästigung, Beeinträchtigung des Landschaftsbildes und Verkehr. Hier seien offene Fragen noch ungeklärt. Er unterbreitet als Vorschlag drei Anträge, in denen die Kosten für Grundstücksankauf, Baumaßnahmen und Beteiligung der Stadt neu zu regeln sind. Auch wirft er die Frage auf, ob denn die Stadt später auch mal Gewerbesteuern erhält.

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann gibt als Einwand zu den vorgenannten Ausführungen, dass er sich außerstande sieht, über Punkte abstimmen zu lassen, die nicht Gegenstand eines (zur Zeit nicht) vorhandenen Vertrages sind.

Roland Gosebruch erklärt, wie er die Sachlage beurteilt. Er stehe nach wie vor dazu, dass wir hier eine Beschlußempfehlung zweier Ausschüsse vorliegen haben, mit der dem Magistrat eine Prämisse für weitere Verhandlungen aufgegeben werden soll, über die zu beschließen ist. Wenn Änderungsanträge aus der Mitte des Gremiums vorgebracht werden, so ist hierüber auch zu beschließen, egal ob man inhaltlich damit übereinstimmt oder nicht.

Achim Saßmannshausen nimmt noch ausführlich Stellung zu den Regelungen des Emissionsschutzgesetzes, worauf ihn Roland Gosebruch in seiner Vorrede als SPD Fraktion angesprochen hat.

Die sich daran anschließende Debatte aus den verschiedenen Fraktionen hat gezeigt, dass es immer noch viel Klärungs- und Diskussionsbedarf gibt. Letztendlich hat man sich darauf verständigt, im H+F und Bauausschuß die drei Anträge der SPD Fraktion weiter zu behandeln.

Dieses 3-Punkte-Programm wurde von Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann noch einmal vorgelesen:

- 1) Die Kostenbeteiligung für den Grundstücksankauf und die Baumaßnahme ist in Summe auf einen Betrag von 36.000 Euro zu begrenzen.
- 2) Die Aufteilung der Bau- und Grundstückserwerbskosten wird neu geregelt. Die Stadt trägt 25 % der Geldkosten für die Straßenaufweitung und -Einmündung. Die anderen Kosten übernimmt der Investor.

3) Vor Abschluß des Erschließungsvertrages ist eine verbindliche Regelung mit dem Investor und dem Betreiber zu schließen, in welcher Gemeinde die Gewerbesteuer abgeführt werden soll. - Sollte die Gewerbesteuer in einer anderen Gemeinde hauptsächlich gezahlt werden, so hat Niddatal in Summe alle Lasten zu tragen und keinen Vorteil.

Dieter Eisenberg gibt zum Thema "Straßenaufweitung" noch ein paar grundsätzliche Hinweise: Es handelt sich hier um zwei Straßenaufweitungen; einmal geht es um den Feldweg und zum anderen um die Kreisstraße. Dies war in dem Vertrag nicht klar zum Ausdruck gebracht worden. Laut Satzung sind sämtliche Kosten für die Straßenaufweitung vom Investor zu tragen. Die Stadt hat damit nichts zu tun.

Bürgermeister Dr. Hertel pflichtet Dieter Eisenberg bei, wonach die Straßenaufweitung nicht zu Lasten der Stadt gehen soll.

Danach machte Dr. Hertel den Vorschlag, sich mit dem Ältestenrat in einer internen Beratung über die weitere Vorgehensweise abzustimmen.

#### **Sitzungsunterbrechung : von 21:00 bis 21:20 Uhr.**

Die Sitzung wird fortgesetzt.

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann berichtet, dass der Ältestenrat sich mit dem Sachverhalt auseinandergesetzt hat und folgendes Statement verlauten lässt:

**Am 29.09.2011 (Donnerstag) findet um 20:00 Uhr im Kleinen Saal im Bürgerhaus eine gemeinsame Sitzung des H+F und Bauausschuß statt (mit verkürzter Einladungsfrist).** Der Überweisungsantrag an diese beiden Ausschüsse lautet, dass die Ausschüsse ermächtigt sind, einen Beschluß zu fassen, der die Vorgabe für den Magistrat zur weiteren Verhandlung vorgibt. Sobald ein neuer Erschließungsvertrag vorliegt, wird auch dieser in einer kurzfristig anzuberaumenden Sondersitzung zur Diskussion gestellt.

**Wer stimmt dieser Vorgehensweise zu ?**

**Abstimmungsergebnis: 25 Ja-Stimmen = einstimmig so beschlossen.**

Silke Merz und Michael Hahn nehmen wieder an der Sitzung teil.

#### **(5) Satzungsrecht der Stadt Niddatal**

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann erläutert, dass er die vorgegebenen Punkte a) bis g) jeweils einzeln aufrufen werde zur Stellungnahme bzw. Empfehlung.

Gerhard Einhoff berichtet, dass die Punkte a) bis g) schon in der letzten H+F Sitzung behandelt wurden. Zu Punkt a) haben wir nach Diskussion die Änderungen in Ihrer Tischvorlage schon einfließen lassen. Der geänderte Entwurf wurde einstimmig angenommen.

**(5) a) Neufassung der Feuerwehrsatzung**

Dieter Eisenberg warnt in seiner Stellungnahme, dass er gewisse "Handhabungen" erkenne, die eine "Unterwanderung von Rechts- oder Linksradiكالen" ermöglichen könnten. Man sollte zur Abwehr Sanktionen bzw. Ausschlußrechte einräumen.

**Punkt a) wird zur Abstimmung gestellt -  
Ergebnis: 26 Ja-Stimmen = einstimmig so beschlossen.**

**b) Beschluß einer Verwaltungsgebührensatzung**

Gerhard Einhoff berichtet über das Ergebnis der Sitzung. Man habe sich darauf geeinigt, bei 8 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung der Stadtverordnetenversammlung die Empfehlung auszusprechen, den Beschluß zur Verwaltungsgebührensatzung nochmals zu vertagen. Die Zeit sollte dazu genutzt werden, Informationen von anderen Kommunen zu besorgen und gegebenenfalls neue Erkenntnisse in die eigenen Änderungsvorschläge einarbeiten.

**Punkt b) wird zur Abstimmung gestellt -  
Ergebnis: 26 Ja-Stimmen = Vertagung einstimmig so beschlossen.**

**c) Beschluß einer Sondernutzungssatzung**

Gerhard Einhoff berichtet, dass auch dieser Punkt in der Sitzung behandelt und einstimmig beschlossen wurde, den Beschluß bis zur nächsten H+F Ausschußsitzung zu vertagen. Auch hier soll die Zwischenzeit genutzt werden, die Gebührenordnung des Landes und die Sondernutzungssatzung des Kreises zu beschaffen.

Dieter Eisenberg erklärte sich bereit, auf der Grundlage dieser bei den Satzungen einen eigenen Entwurf einer Sondernutzungssatzung zu erstellen. Auch dieser Beschluß war einstimmig befürwortet worden.

**Punkt c) wird zur Abstimmung gestellt -  
Ergebnis: 26 Ja-Stimmen = Vertagung einstimmig so beschlossen.**

**d) Beschluß einer Pferdesteuersatzung**

Gerhard Einhoff berichtet über das Diskussions- und Abstimmungsergebnis in der H+F Ausschußsitzung. Die Satzung wurde mit 2 Ja- 5 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt und somit keine Empfehlung an die Stadtverordnetenversammlung ausgesprochen.

In der heutigen Sitzung gab es ausführliche Kommentare mit unterschiedlichen Standpunkten. Der von Markus Nikleniewicz gemachte Vorschlag, als Pferdesteuer einen Jahresbeitrag von 40,- Euro pro Pferd anzusetzen, wurde zur Abstimmung gestellt. **Ergebnis:**

**3 Ja-Stimmen 18 Nein-Stimmen 5 Enthaltungen = somit abgelehnt**



Abstimmung zum vorliegenden Entwurf der Pferdesteuersatzung einschließlich 750.--Euro:

**Ergebnis: keine Ja-Stimmen 23 Nein-Stimmen 3 Enthaltungen  
= die Pferdesteuersatzung ist somit abgelehnt.**

**e) Neufassung der Entwässerungssatzung**

**f) 3. Änderungssatzung zur Wasserversorgungssatzung**

Auch hierüber berichtet Gerhard Einhoff, dass diese Punkte diskutiert wurde. Die Satzungen wurde insgesamt bei 1 Ja-Stimme 1 Nein-Stimme und 7 Enthaltungen ohne Empfehlung an die Stadtverordnetenversammlung überwiesen.

Aus der SPD und CDU Fraktion sowie von den Grünen wurden unterschiedliche Argumente vorgetragen. So kritisiert Achim Saßmannshausen das Abstimmungsverhalten. Gerhard Einhoff erläutert, dass man z.B. mit einer Enthaltung noch keine endgültige Aussage macht, wenn zu einem späteren Zeitpunkt in der großen Runde erneut abgestimmt werden kann. Es sei doch legitim, sich erst mal Gedanken über gewisse Regeln zu machen und sich danach festzulegen.

Markus Nikleniewicz stellt den Antrag, § 22 in der alten Fassung beizubehalten.

Auf die Frage von Florian Porth, ob es sinnvoll erscheint, bei solchen Satzungsentscheidungen einen Experten vom Städte- und Gemeindebund zu Rate zu ziehen, äußert Bürgermeister Dr. Hertel Zweifel, ob von dieser Stelle die erbetene Hilfestellung geleistet werden kann. Bei diesen Ämtern sei unser Ansinnen sicherlich kein Einzelfall und man hat für solche Beratungen keine Personalkapazität.

**Punkt e) und f)**

**werden zur Abstimmung gestellt: Rücküberweisung an den H+F Ausschuß -**

**Ergebnis: 26 Ja-Stimmen = einstimmig so beschlossen.**

**g) 2. Änderungssatzung zur Straßenbeitragssatzung**

Gerhard Einhoff berichtet, dass Markus Nikleniewicz im Ausschuss beantragt hat, die Satzung in ihrer alten Form der Stadtverordnetenversammlung zu empfehlen. Dieser Antrag wurde mit 1 Ja-Stimme 7 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt. Daraufhin beantragte er, die neue Fassung zu beschließen, wobei der § 1 in der alten Fassung beibehalten werden soll. Dieser Antrag fand bei 2 Ja-Stimmen keine Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen Zustimmung.

Markus Nikleniewicz erläutert, warum er diesen Antrag so gestellt habe. Man sehe in der Beibehaltung des § 1 die Möglichkeit, zukünftig mehr verkehrsberuhigte Zonen in unserer Gemeinde fördern zu können.

Bürgermeister Dr. Hertel teilt hierzu noch mit, dass der Magistrat sich über diese Satzungen auch Gedanken gemacht hat. Man plädiert dafür, dass sowohl der Um- als auch der Ausbau auf die Bürger umgelegt werden soll. Alles andere - zumindest was den "Umbau" betrifft - geht zu Lasten des Steuerzahlers. Das widerspricht natürlich

dem Konsolidierungsgedanke - weil hier ja wieder die Steuermittel eingesetzt werden. Wir haben den Auftrag des Parlaments, uns Gedanken zur Konsolidierung zu machen. Wir legen auch Wert darauf, dass hier Um- und Ausbau von den Anliegern getragen werden. Es wurde in der Diskussion noch gefragt, wie soll man Um- und Ausbau trennen. Wir haben uns beim Hessischen Städte- und Gemeindebund kundig gemacht und rückversichert. Von dort wird auch die Empfehlung herausgegeben, dass Um- und Ausbau zu Lasten der Bürger gehen. Diese Entscheidung sei auch schon durchprozessiert worden.

Der Magistrat bittet darum, seiner Vorlage zuzustimmen.

Wie aus den anschließenden Redebeiträgen zu entnehmen war, hatte man einerseits Verständnis für die Magistratsentscheidung, aber auch andererseits kritisiert, dass der Bürger letztendlich zur Kasse gebeten wird.

**Punkt g) wird zur Abstimmung gestellt -**

**alte Fassung des § 1 und restliche Vorlage des Magistrats**

**Ergebnis: 12 Ja-Stimmen 13 Nein-Stimmen 1 Enthaltung = somit abgelehnt**

**Änderung des § 1: den Entwurf des Magistrats -  
wie er der Ausschusssitzung vorgelegt wurde**

**Ergebnis: 20 Ja-Stimmen 4 Nein-Stimmen 2 Enthaltungen = so beschlossen**

**Pause : von 22:00 bis 22:25 Uhr**

während der Pause: Sitzung des Ältestenrates

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann ruft den nächsten TOP auf:

**(6) Errichtung einer Rampe in Verlängerung des Schulsteiges in Assenheim:  
Vorlage einer baureifen Planung und einer Kostenschätzung**

Florian Porth berichtet, dass in der 3. Sitzung des Bauausschuß am 20.08.2011 dieses Thema auf der Tagesordnung stand. Nach einer Ortsbesichtigung wurde der einstimmige Beschluß gefasst, dass die Rampe gebaut werden soll.

Achim Saßmannshausen befürwortet in seinem Redebeitrag dieses Projekt, regt aber noch an, bezüglich der geforderten Kostenschätzung und Planung vergleichbare Objekte aus den Nachbargemeinden heranzuziehen.

Dieter Eisenberg äußert sich positiv zu den Erläuterungen der SPD, fragt aber, inwieweit es sinnvoll erscheint, die Umsetzung dieses Projektes durch weitere Überlegungen noch hinauszuschieben.

Die Behindertenbeauftragte der Stadt Niddatal, Frau Sistenich, bezeichnet es als lobenswert, wie man sich zu diesem Projekt äußert und Gedanken darüber macht.

Dieter Eisenberg fügt noch hinzu, dass man die heutige Vorlage beschließen wolle und noch einen Zusatzantrag stellen werde, in 6 Monaten dem Magistrat einen Plan vorzulegen, wo überall noch Handlungsbedarf besteht.

Bürgermeister Dr. Hertel findet diesen Vorschlag gut, weist aber gleichzeitig darauf hin, die nötigen Mittel dafür im Nachtragshaushalt zu beantragen und eine Fachfirma damit zu beauftragen.

**Der Beschlußvorschlag wird zur Abstimmung gestellt - siehe Vorlage:**

**Ergebnis: 19 Ja-Stimmen 4 Nein-Stimmen 2 Enthaltungen = so beschlossen**

**(7) Anschaffung eines Geschwindigkeitsmessgerätes  
zum mobilen und stationären Einsatz  
Beratung und Beschlussfassung**

Dr. Dirk Schneider hat sich Gedanken zu der Anschaffung des seiner Ansicht nach relativ teuren Blitzgerätes gemacht. In seiner ausführlichen Darlegung beschreibt er auch preisgünstigere Alternativen und hat gleichzeitig den Aufteilungsmodus der Verwarnungsgebühren in Frage gestellt, aber damit nicht generell die Anschaffung eines Blitzgerätes.

In der sich daran anschließenden Diskussion mit Für und Gegenargumenten hinsichtlich des Kostenumfanges hat man dennoch Konsens gefunden, die Anschaffung zu befürworten. Nach der Debatte wurde zur Abstimmung aufgerufen.

**Die Anschaffungskosten - siehe Vorlage- 82.974 Euro  
und eine Leermeßstelle in Höhe von 31.762 Euro**

**Ergebnis:**

**15 Ja-Stimmen 10 Nein-Stimmen ohne Enthaltung = somit so beschlossen**

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann verweist auf die Geschäftsordnung, wonach die nachfolgenden Punkte wegen der Zeitüberschreitung (es ist bereits 23.00 Uhr) nicht mehr behandelt werden können und somit auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung verlagert werden.

Dieter Eisenberg beantragt, den nachfolgenden Punkt - trotz der schon späten Sitzungszeit - noch abzustimmen. Es besteht Einvernehmen unter den Stadtverordneten so zu verfahren.

- (8) Sanierung der Dachfläche des Feuerwehrgerätehauses in Ilbenstadt  
Beratung und Beschluß**  
**a) der Auftragsvergabe**  
**b) Ausgaben von außerplanmäßigen nach § 114 g HGO, Absatz 1**

Bürgermeister Dr. Hertel verweist auf die Vorlage und erläutert diese.

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann stellt zur Abstimmung:

- a) die Sanierung der Dachfläche des Feuerwehrgerätehauses**  
**b) die notwendigen Mittel in Höhe von rd. 50.000 Euro**  
**im Nachtrag 2011 bereitzustellen**

**Ergebnis: 25 Ja-Stimmen = einstimmig so beschlossen.**

Die Tagesordnungspunkte (9) und (10) konnten aus Zeitgründen nicht mehr behandelt werden.

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann erklärt um 23:05 Uhr die heutige Sitzung für beendet. Er bedankt sich wieder für die engagierte Mitarbeit und wünscht allen Teilnehmern einen guten Heimweg.

Wittmann  
Stadtverordnetenvorsteher

Gunkel  
Schriftführerin